

## **N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 17. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen**

vom:	<b>26.06.2002</b>
von:	<b>16:00 Uhr</b>
bis:	<b>17:35 Uhr</b>
Ort:	<b>Rathaus Siegen, Ratssaal</b>

#### **Anwesend waren:**

##### I. Vom Ausschuss für Soziales, Familien- u. Seniorenfragen:

Stötzel, Wolfgang - als Vorsitzender ab 16.15 Uhr -  
Eberlein, Klaus-Peter  
Eger-Kahleis, Brigitte  
Kaiserling, Carl-Norbert  
Kamieth, Jens  
Katz, Reinhilde  
Krombach, Ulrich  
Neubauer, Hans Peter  
Rujanski, Detlef  
Schmidt, André - bis 16.15 Uhr Ausschussvorsitzender -  
Sondermann, Brigitte - für AM Tigges, Johannes -  
Wolf, Marianne - für Stv Flohren, Angelika -  
Wolters, Maria - für AM Nell, Karl-Heinz -

##### II. Beratende Mitglieder:

Herberg-Marburger, Beate - für Stv Nauck, Gerda -  
Griffig, Thomas - bis 17.25 Uhr, Ende TOP 7 -  
Kill, Erika  
Mücke, Helga

##### III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:Nicht anwesend waren:

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet ab 15.00 Uhr eine Besichtigung der Übergangseinrichtungen Fludersbach und St.-Johann-Str. statt.

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG****1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Krombach bestimmt.

**17. AfSFS 26.06.2002**

**2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift vom 15.05.2002 wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

---

Zur Niederschrift vom 23.05.2002 merkt Herr Krombach zu TOP 7 an, dass die Verwaltung Zusagen bezüglich einer liberalen Handhabung bei der Zuweisung in die Übergangswohnheime gemacht hat. Zudem sei längerfristig ein Konzept zum weiteren Verfahren dienlich.

Sodann wird die Niederschrift bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**17. AfSFS 26.06.2002**

**3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**17. AfSFS 26.06.2002**

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**17. AfSFS 26.06.2002**

**5. Förderung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus  
- Verwendungsbericht**

Vorlagennr. 1985/2002

Die Herren Krombach und Schmidt loben die gut ausgearbeitete Vorlage.

Herr Rujanski betont besonders die Eigenleistungen in Höhe von 400.000 DM.

► ► ► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**17. AfSFS 26.06.2002**

**6. Praxisbeispiel Umsetzung Gender Mainstream im Bereich kommunaler  
Beschäftigungsförderung - regionaler Arbeitsmarktpolitik mit EU- und  
Landesförderung  
- Qualifizierung Verkäuferin in Teilzeit für Frauen im Sozialhilfebezug**

Vorlagennr. 2025/2002

Als positiv erachtet Herr Schmidt, dass die Gleichstellungsstelle bemüht ist, öffentliche Förderungen zu erhalten.

Dennoch sieht er einige Schwierigkeiten in den Rahmenbedingungen des Gender Mainstreaming. Es ist fraglich, ob weitere Verkaufskräfte benötigt werden, da oftmals ungelernte Aushilfen eingestellt werden.

Im Einzelhandel handelt es sich um geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, mit denen eine Bestreitung des Lebensunterhalts nicht möglich ist, so Frau Mücke.

Frau Eger-Kahleis ist der Ansicht, dass den Frauen gerade im Hinblick auf die lange Ausbildungszeit keine Ausbildung aufgezwungen werden kann.

Herr Fischer weist darauf hin, dass die Möglichkeit, einen Beruf zu ergreifen ohne über eine geeignete Ausbildung zu verfügen heutzutage fast unmöglich ist. Durch die Maßnahme werden zwar keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, aber den teilnehmenden Frauen wird die Gelegenheit gegeben, am aktiven Arbeitsleben teilzuhaben.

Nach Auffassung von Herrn Rujanski handelt es sich bei dieser Maßnahme um den

richtigen Weg. Für die Frauen wird ein gefestigter Arbeitsrhythmus geschaffen, der sie in dem Wunsch unterstützt, einen Teil des Lebensunterhaltes selbst aufzubringen.

Auch Herr Kamieth befürwortet diese Art von Qualifizierung. Er regt an, eine Art Grundausbildung anzubieten und danach eine Aufgliederung in die verschiedenen Einzelhandelsbereiche vorzunehmen.

Frau Dellori verdeutlicht, dass dies finanziell nicht möglich ist. Für ein solch langfristiges Unternehmen bestehen kaum Förderungsmöglichkeiten.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002

- 7. Vermeidung und Aufdeckung von Sozialhilfemissbrauch**  
- **Ziele der Sozialhilfedatenabgleichsverordnung nach § 117 Abs. 1 und 2 BSHG**  
- **Besondere Ermittlungen nach § 67 a SGB X**

Vorlagennr. 2010/2002

Herr Schmidt kann sich nicht vorstellen, dass der Sozialhilfemissbrauch lediglich bei 5 % liegt. Es ist bundesweit bekannt, dass die Zahlen höher sind. Durch Zugrundelegung eines Datenabgleichs werden die Ergebnisse unvollständig wiedergegeben. Seines Erachtens muss das Sozialamt mehr dezentraler arbeiten, um die Dunkelziffern zu ermitteln.

Herr Krombach gibt zu bedenken, dass sich viele Menschen unverschuldet im Sozialhilfebezug befinden. Von einer Generalisierung sollte abgesehen werden.

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002

- 8. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 im Fachbereich 5**  
- **Soziales, Familien, Jugend, Wohnen -**

Vorlagennr. 2016/2002

►►► Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

17. AfSFS 26.06.2002